



Die deutsche Ratspräsidentschaft: Eine sozialpolitische Analyse aus grüner Sicht

Die Bundesrepublik wird im ersten Halbjahr 2007 dem Rat der Europäischen Union vorsitzen. Sie übernimmt damit am 1. Januar den Staffelstab von der aktuellen finnischen Präsidentschaft. In ihrem nun vorliegenden Arbeitspapier legt sie ihre Ziele fest. Die Bundesregierung trägt die Verantwortung für den Frühjahrsgipfel zur Überprüfung und Fortschreibung der Lissabon-Strategie. Deshalb ist die europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik ein wichtiger Schwerpunkt. Arbeitsminister Müntefering will dabei eigene Akzente setzen unter dem Motto: „Kräfte bündeln für ein soziales Europa und eine soziale Welt“.

Mit der deutschen Präsidentschaft beginnt auch das Europäische Anti-Diskriminierungsjahr 2007. In diesem Rahmen wird die Präsidentschaft Gastgeberin für den ersten, in Zukunft jährlich stattfindenden Gleichstellungsgipfel sein. Die Präsidentschaft hat dafür die Schwerpunkte „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ sowie „Integration und berufliche Förderung von MigrantInnen“ angekündigt.

Weiterentwicklung des Europäischen Sozial- und Gesellschaftsmodells

Arbeitsrechtliche Mindeststandards

Ausgehend von dem Motto „Sicherheit im Wandel“ will die deutsche Präsidentschaft Reformen anregen, bei denen die notwendige Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erreicht und mit sozialem Schutz verbunden wird, (Flexicurity-Konzept). Auf dieser Grundlage soll das Europäische Sozialmodell weiterentwickelt werden. Dazu gehört der Anspruch, ArbeitnehmerInnen sollten bei Fragen zu Lohn, Kündigungsschutz und Mobilität flexibler sein. Auf der anderen Seite soll dafür die Qualität des Arbeitsplatzes und die Rechtssetzung im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz verbessert sowie die sozialen Sicherungssysteme auf die geforderter Mobilität ausgerichtet werden. Mit dem Flexicurity-Modell verpflichten sich die Mitgliedstaaten zudem, das Modell des lebenslangen Lernens einzuführen und mit ihm Chancengleichheit für alle Gruppen (auch für ältere ArbeitnehmerInnen und MigrantInnen) im Zugang zu Weiterbildung zu garantieren.

Die Frage ist, ob die Bundesregierung bereit ist, wichtige Richtlinien zu sozialen Mindeststandards im Rat voranzubringen, z.B. ihre eigene Blockade bei der europäischen Arbeitszeitrichtlinie aufzugeben, die Portabilität der Betriebsrenten zu unterstützen oder wenigstens für einen Durchbruch bei der seit Jahren auf Eis liegenden Richtlinie für die Arbeitsbedingungen für Leiharbeiter zu sorgen. Allerdings wären solche Fortschritte in den europäischen Arbeitsmarktstandards das einzige, woran die Erfolge der Präsidentschaft in diesem Feld gemessen werden.

Besuchen Sie www.elisabeth-schroedter.de
Neuigkeiten und Hintergründe aus dem Europäischen Parlament

Elisabeth Schroedter - MdEP



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Bessere Rechtssetzung

Gemeinsam mit den folgenden Präsidenschaften will die Bundesregierung die europäische Gesetzgebung evaluieren, um für europäische Unternehmen die Rahmenbedingungen zu verbessern und Bürokratie abzubauen. Allerdings sorgte der erste Entwurf von Kommissar Verheugen und Kommissar Spidla zu diesem Thema für Protest im Europäischen Parlament, bei Gewerkschaften und soziale Gruppen, weil dabei auch die Leiharbeiterrichtlinie und die Richtlinien für den Schutz und die Gesundheit am Arbeitsplatz infrage gestellt wurden.

Insofern ist positiv zu bewerten, dass Arbeitsminister Müntefering besonders Wert darauf legt, dass die europäische Gesetzesvorhaben künftig auch nach ihren sozialen Auswirkungen bewertet werden soll. Die Revision der Gemeinschaftsstrategie zur Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz dürfe nicht zu weniger Schutz der ArbeitnehmerInnen führen, sondern müsse diesen verbessern. Bürokratische Entlastung der Unternehmer dürfe nicht bedeuten, dass sie für Arbeits- und Gesundheitsschutz weniger Verantwortung übernehmen sollen.

Jedoch wird die Präsidenschaft daran gemessen, ob der Sozialcheck nicht nur eine Worthülse bleibt, sondern sie für die Evaluierung der europäischen Gesetzgebung bezüglich ihrer sozialen Auswirkungen konkrete Mechanismen anregt, und sie sozialen Mindeststandards mehr Gewicht gibt.

Chancengleichheit und Teilhabe in der Arbeitswelt

Unterstützt wird von uns, dass die deutsche Präsidenschaft das Thema „Chancengleichheit und Teilhabe in der Arbeitswelt“ zu einem Schwerpunkt erklärt hat und dass Mitbestimmung und die Sozialpartnerschaft dabei eine Rolle spielen. Glaubhaft wird sie jedoch nur sein, wenn es ihr auch im eigenen Land gelingt, Frauen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu gewähren, indem sie hier die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Dazu gehört in erster Linie die Verbesserung der Kinderbetreuung, Das Recht auf einen Kindergartenplatz darf nicht nur theoretisch gelten und sich auf wenige Stunden am Tag beschränken. Es muss mit den Realitäten eines Arbeitelbens in Einklang gebracht werden. Zumindest eine stärkere Unterstützung der kommunalen Infrastrukturen und die Förderung betrieblicher Kinderbetreuungseinrichtungen sollten auf den Weg gebracht werden. Genauso wichtig ist eine Initiative zur Verbesserung der Kinderbetreuung unterhalb des Kindergartenalters.

Es ist zu begrüßen, dass die deutsche Präsidenschaft aufgreift, was die Kommission durch das Grünbuch und die Mitteilung zum demografischen Wandel angeschoben hat. Den Herausforderungen des demografischen Wandel kann vor allem erfolgreich begegnet werden, wenn eine geschlechterpolitische Sicht des Themas stärker in den Fordergrund rückt und dies sich nicht nur auf das Anheben der Geburtenrate und eine „Europäische Allianz für Familien“ beschränkt.

Besuchen Sie www.elisabeth-schroedter.de
Neuigkeiten und Hintergründe aus dem Europäischen Parlament

Elisabeth Schroedter · Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP)
Regionalbüro: Platz der Republik 1 · 11011 Berlin · eMail: info@elisabeth-schroedter.de

HINTERGRUND

Elisabeth Schroedter - MdEP

Chancengleichheit und Teilhabe an der Arbeitswelt muss ebenfalls für diskriminierte Gruppen, wie ältere ArbeitnehmerInnen, MigrantInnen und Menschen mit Behinderungen gelten. Wir erwarten von der deutschen Präsidentschaft, dass sie in diesem Zusammenhang auf dem ersten Europäischen Gleichstellungsgipfel konkrete Initiativen vorschlägt, die zu einer gleichberechtigten Teilhabe dieser Gruppen am Arbeitsmarkt führen.



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Pakt für die Jugend

Der europäische Pakt „Jugend in Aktion“, 2005 zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen der Reform der Lissabon-Strategie vereinbart, wird auf dem Frühjahrsgipfel das erste Mal überprüft. Auch hier sollte die Bundesregierung vorbildhaft vorgehen und über den Ausbildungspakt hinaus Unternehmen bezüglich der Erstausbildung stärker in die Pflicht nehmen. Konkrete Beschlüsse zur sozialen Integration sollten auch im Rahmen der Offenen Koordinierungsmethode mit einer prozentualen Finanzierungsverpflichtung und damit der Unterstützung lokaler Initiativen und Infrastrukturen verbunden werden.

Gesundheit

Im Beschäftigungsausschuss wird mit großem Interesse verfolgt, dass die deutsche Präsidentschaft eine Konferenz zum Thema „Soziale Dimension in Europa – Gesundheitssicherung als Voraussetzung für Stabilität und Wachstum“ plant. Dahinter versteckt sich ganz offensichtlich ein Beitrag zur Patientenmobilität. Die Kommission hatte bereits angekündigt dass sie eine Wiederauflage des vom Parlament aus der Dienstleistungsrichtlinie gestrichenen Artikels 23 plant. Dies soll über eine Mitteilung zur Patientenmobilität, die für das Frühjahr 2007 angekündigt wurde, geschehen. Das stößt bei der Bevölkerung in Deutschland im Allgemeinen und vor allem in den östlichen Bundesländern im Besonderen auf großen gesellschaftlichen Widerstand, da damit zu Recht die Gefahr einer weiteren Aushöhlung der Gesundheitsversorgung in der Daseinsvorsorge verbunden wird. Hier wird sich das erste Mal zeigen, ob die deutsche Präsidentschaft tatsächlich bereit ist, eine Überprüfung der sozialen Auswirkung der geplanten Teilliberalisierung der Gesundheitsversorgung vorzunehmen.

Oktober 2006

HINTERGRUND

Besuchen Sie www.elisabeth-schroedter.de
Neuigkeiten und Hintergründe aus dem Europäischen Parlament

Elisabeth Schroedter · Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP)
Regionalbüro: Platz der Republik 1 · 11011 Berlin · eMail: info@elisabeth-schroedter.de